

Delegiertenversammlung VTE 6. Mai 2014, Tägerwilen

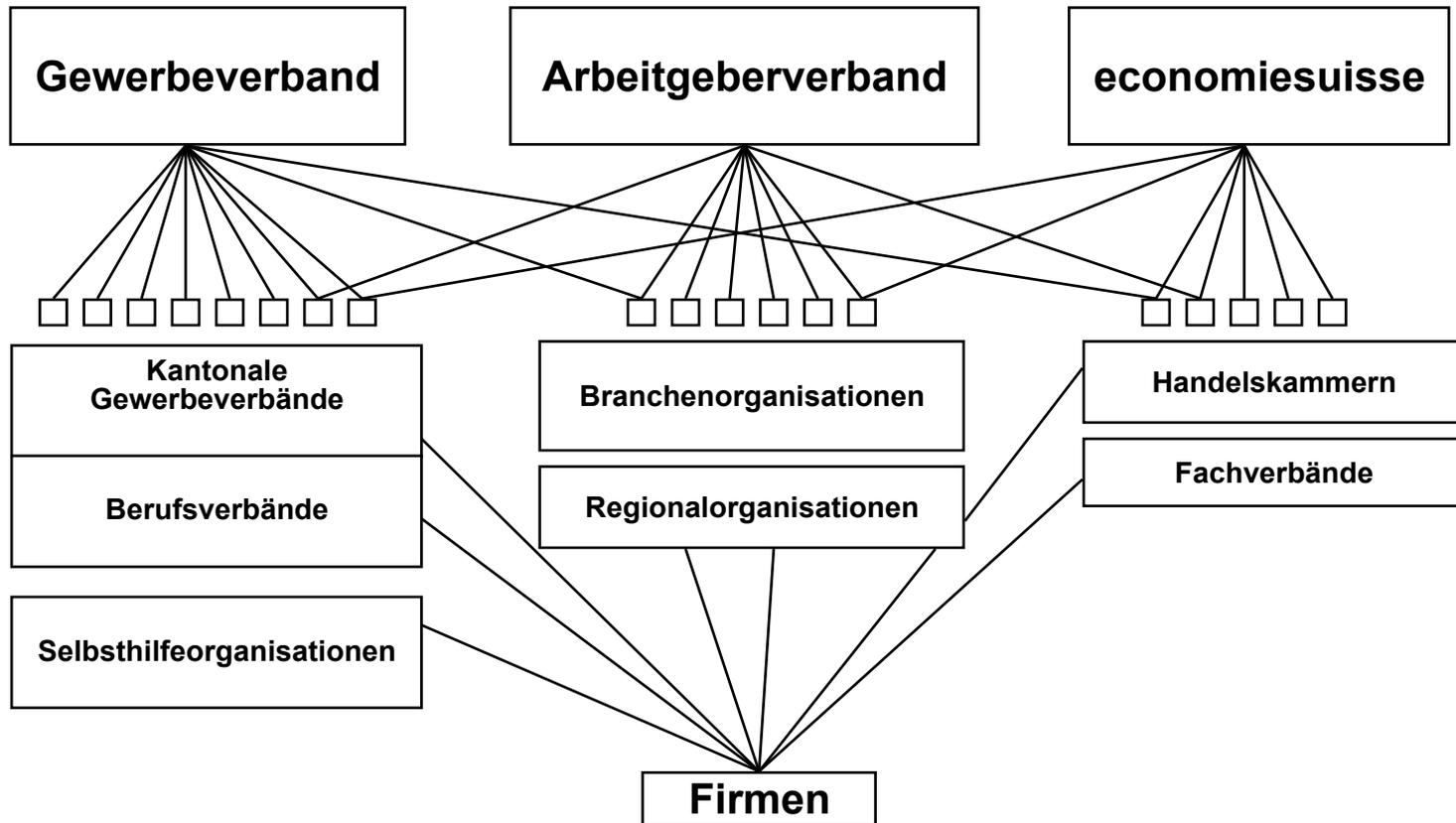
Thurgauer Strommix ohne Atom – aus Sicht der Industrie

Peter Maag, Industrie- und Handelskammer (IHK) Thurgau

Inhalt

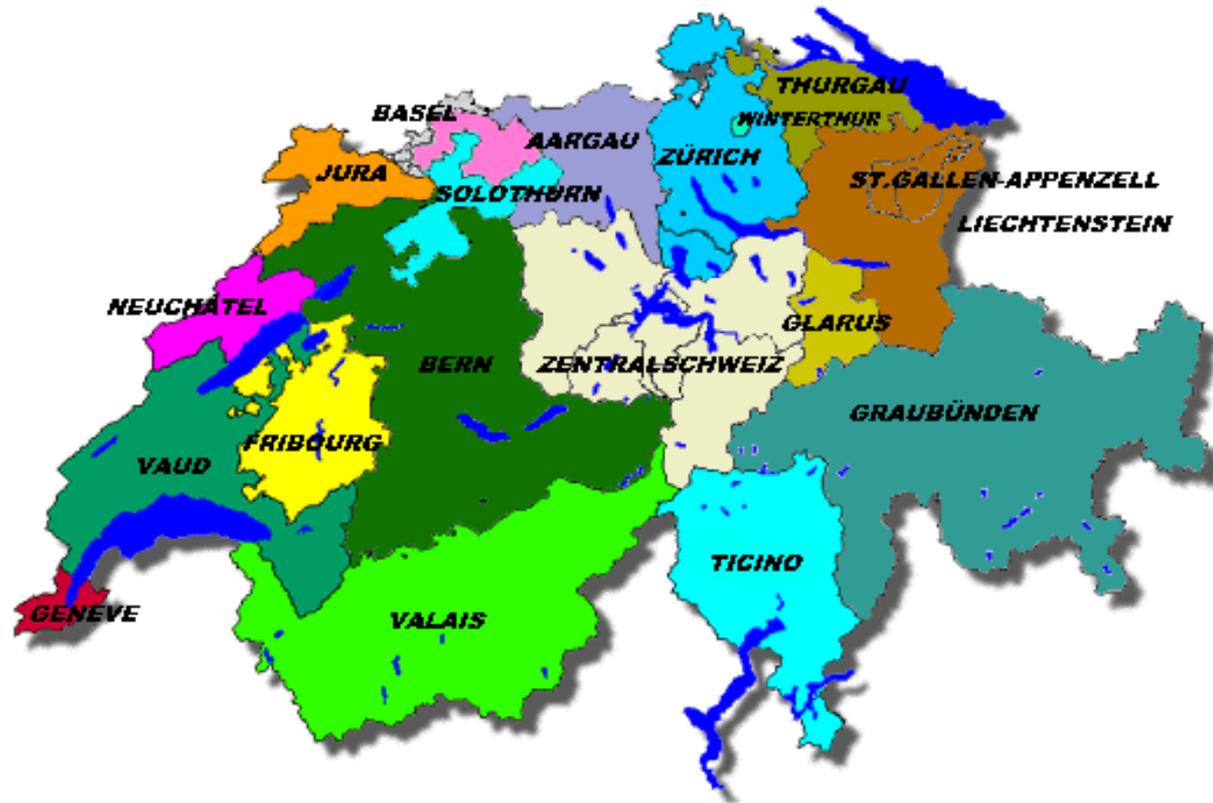
- Übersicht Wirtschaftsverbände / Handelskammern
- Wechselkursentwicklung
- Anliegen der Wirtschaft
- Energiestrategie 2050: Die Situation national
- Energiewende in Deutschland
- Thurgauer Strommix ohne Atom: Die Situation kantonal
- Fazit

Schweizer Wirtschaftsverbände

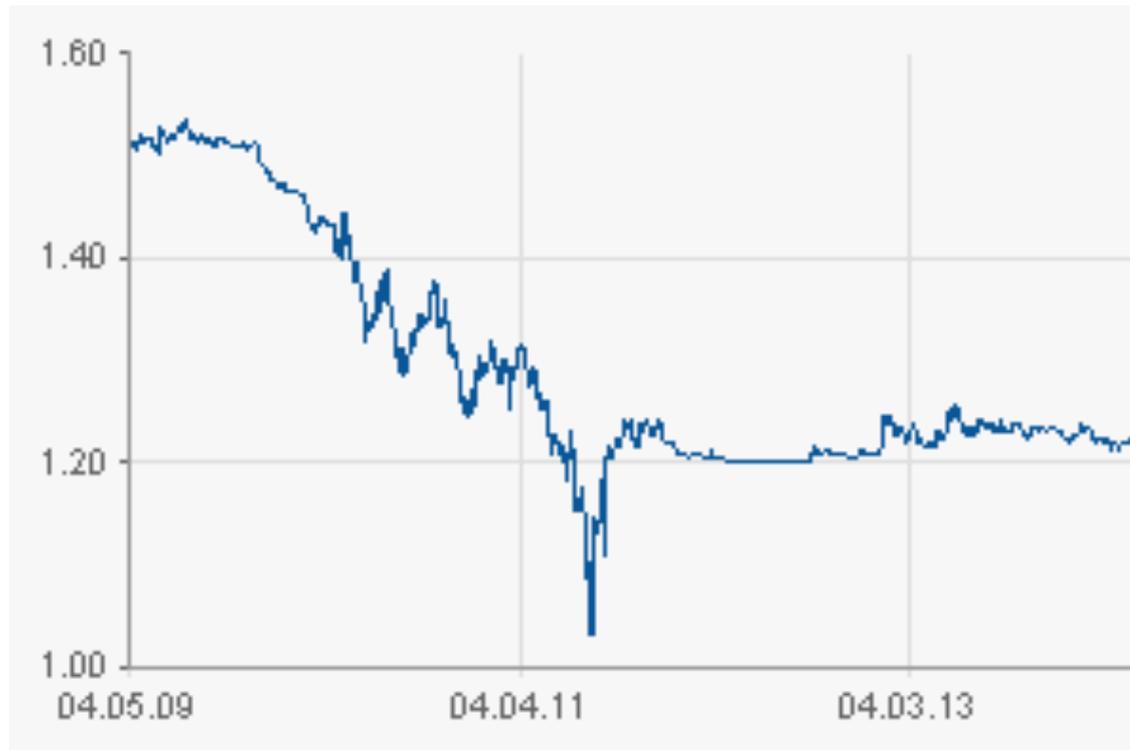


Die Handelskammern

Die IHK Thurgau ist eine von 18 kantonalen bzw. regionalen Handelskammern der Schweiz. Zusammen mit der Kammer von Liechtenstein bilden diese die Schweizerischen Handelskammern (S-IHK) an. Regionale Zusammenschlüsse sind die Bodensee Industrie- und Handelskammern und die Wirtschaft am Hochrhein.



Entwicklung EUR-CHF 5 Jahre



Die Anliegen der Wirtschaft

BRUDERER+

PRECISION – SWISS MADE

LOOSER Holding
wir schaffen mehr Wert

Belimed

STADLER

E.F.

EUGSTER / FRISMAG

GRIESSER

Bischofzell

FATZER
BRUGG

BERNINA+

MODEL

TOOL-TEMP

AFG

EFTEC

Baumer

zur Rose

Biotta



Zuckermühle Rapperswil

Sichere Versorgung, günstiger Preis

- Die Wirtschaft ist auf eine sichere Versorgung zu vernünftigen Preisen angewiesen. «Vernünftig» bezieht sich auf den Vergleich mit in- und ausländischen Mitbewerbern.
- Die zuverlässige und kostengünstige Stromversorgung ist im internationalen Wettbewerb ein sehr bedeutender Standortfaktor. Insbesondere die hohe Versorgungssicherheit ist für die Industrie und die Dienstleistung von hoher Wichtigkeit. Bereits kurze ungeplante Stromunterbrüche haben schwerwiegende Folgen.
- Die im Kanton Thurgau stark vertretene MEM-Branche beurteilt den Strompreis als wichtigsten Kostenfaktor im Energiebereich überhaupt.

Stark unterschiedliches Gewicht

- Der Stromkostenanteil an der Bruttowertschöpfung variiert von Unternehmen zu Unternehmen stark. Grundsätzlich wirken steigende Strompreise negativ auf den Geschäftsgang aus. Nur eine sehr kleine Zahl von Unternehmen wertet höhere Strompreise als Geschäftschance.
- Für energieintensive Unternehmen können Strompreissteigerungen existenzbedrohend sein. Hier müssen wie in Deutschland Entlastungen gesucht werden.
- Grundsätzlich gilt: Leidet die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch höhere Strompreise, dann schlägt dies auch auf die Arbeitsplatzsicherheit und die Steuererträge der öffentlichen Hand durch und tangiert letztlich den Wohlstand aller.

Es geschieht nicht nichts

- 1999 wurde die Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) durch die Spitzenverbände der Wirtschaft gegründet.
- Sie unterstützt den Bund bei der Umsetzung freiwilliger Massnahmen mit Zielvereinbarungen (KMU-Modell, Energie-Modell).
- Im Thurgau gibt es eine Energie-Modell-Gruppe Thurgau mit grösseren Energieverbrauchern seit dem Start der EnAW.
- Insgesamt berät die EnAW im Thurgau rund 100 Unternehmen, neu bietet auch das Kompetenz-Zentrum Erneuerbare Energie-Systeme Thurgau (KEEST) ähnliche Dienstleistungen gesamtkantonal an.

Energiestrategie 2050: Die Situation national



Rund 40 % müssen ersetzt werden

- Seit Jahrzehnten setzt die Schweiz auf einen bewährten Strommix. Dieser setzt sich hauptsächlich aus Wasserkraft (rund 55%) und Kernkraft (rund 40%) zusammen. Die restlichen fünf Prozent stammen aus KVA und neuen Erneuerbaren.
- Langfristig bedeutet die Neuausrichtung der Energiepolitik, dass die 40 Prozent Strom aus Kernkraft ersetzt werden müssen.
- Grundsätzlich geht die Wirtschaft davon aus, dass die Potentiale der erneuerbaren Energie genutzt werden. Aber sie werden sich weniger schnell entwickeln, als vom Bund angestrebt. Ungelöst sind bis jetzt die Netzintegration und die saisonale Speicherung. Gleichgewicht kann faktisch nur durch Importe hergestellt werden.

Die Erneuerbaren werden überschätzt

- Die grösste Diskrepanz zwischen Bund und Wirtschaft herrscht hinsichtlich des Beitrages der neuen Erneuerbaren. Die Ziele des Bundes sind viel zu hoch gegriffen. Auch die Geothermie wird das Potential nicht gemäss Bundes-Fahrplan realisieren können. Das zeigen die Erdbeben in Basel und St. Gallen.
- Die Wirtschaft schätzt den Beitrag der neuen erneuerbaren Energien (Biomasse, Wind, Sonne, Geothermie) auf 4,4 TWh im Jahr 2035. Der Bund geht von rund 12 TWh aus.
- Der Bundesrat rechnet mit einem Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauches. Der Verbrauch soll im Jahr 2035 gegenüber dem Jahr 2000 16 Prozent weniger betragen. Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) rechnet in seinem Szenario mit einer weiter steigenden Nachfrage. Die Wirtschaft betrachtet das VSE-Szenario als realistisch.

Ein vernetztes Gesamtsystem



Fehlende Speicherkapazitäten, Netzausbau

- Der zunehmende Anteil unregelmässiger Stromproduktion (etwa durch Windkraft und Solaranlagen) wird zu einer grossen Herausforderung. Unregelmässigkeiten verlangen nach Speicherkapazitäten und Netzausbauten. Die Speicherung, Sicherstellung der Grundlast, Integration ins Netz und Verteilung des Stroms verursachen Kosten.
- Der Ausbau der neuen Erneuerbaren wird viel langsamer voranschreiten als geplant. Auch grosse Windparks und Solaranlagen stossen bei den Betroffenen auf erheblichen Widerstand.
- Es bieten sich der Bau von Gaskombikraftwerken und grossen Wasserkraftwerken an. Aber die müssen rentabel betrieben werden können. Auch sie können kaum zeitnah realisiert werden.

Die Wirtschaft fordert:

- Anstelle eines 40-Jahres-Plans ist es sinnvoller, realistische und klare Ziele in überschaubaren Etappen zu setzen. Diese können alle fünf Jahre evaluiert werden.
- Der Grundsatzentscheid von Volk und Ständen zur Ausrichtung und Umsetzung der neuen Energiepolitik soll frühzeitig und gleichzeitig mit den entscheidenden Massnahmen eingeholt werden.
- Die Stimmbürger sind vollumfänglich zu informieren.
- Es gilt die Konsequenzen der neuen Energiepolitik für Strompreise, Umwelt, Auslandsabhängigkeit, Verzicht, Versorgungssicherheit und Wohlstand aufzuzeigen.

Die Energiewende in Deutschland



Negativschlagzeilen

- «Die Energiewende zerstört Deutschlands letztes Idyll» (Hofstätten im Pfälzer Wald durch Windräder)
- «Abgeklemmte Windparks kosten Verbraucher Millionen»
- «Deutschland verfehlt trotz Energiewende Klimaziele»
- «Energiearmut: Im dunklen Deutschland» (rund 300'000 Haushalten pro Jahr wird der Strom abgestellt)
- «Energiewende: Bayern bremst Bau von Windrädern»
- «Das Vorzeigeprojekt Energiewende ist bedroht»

Bundesregierung muss Kosten begrenzen

- Jürgen Trittin hat den Deutschen versprochen, die Energiewende werde sie nicht mehr als eine Eiskugel pro Monat kosten.
- 2013 haben die Deutschen 19 Milliarden Euro für Strom aus grünen Energien gezahlt, der am Markt nur 2 Milliarden Euro wert war. Eine vierköpfige Familie hat knapp 900 Euro zuviel bezahlt.
- In Deutschland gibt es neu «Energiearmut». Die zusätzlichen Kosten für Privathaushalte erreichen inzwischen die Höhe eines Kurzurlaubes.
- Der Strom aus Wind und Sonne ist nicht nur teuer, es gibt mittlerweile soviel davon, dass er entsorgt werden muss. Man versucht jetzt wenigstens, die Fördersätze nach 2024 zu begrenzen.

Strom aus Braunkohle

- Fast die gesamte Industrie musste inzwischen von Beitragszahlungen an die Energiewende befreit werden.
- Die EU-Kommission hat gegen Deutschland ein Verfahren wegen Verstoss gegen die Binnenmarktregeln eingeleitet.
- Inzwischen ist Deutschland wieder im Club der Klimakiller. Der CO₂-Austoss nimmt rapide zu. Die Stromproduktion aus Braunkohle ist auf den höchsten Wert seit 20 Jahren gestiegen.
- Die sogenannte kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) entspricht dem deutschen Fördermodell, das die oben aufgezeigten Probleme nach sich zieht.
- Die durch Subventionen privilegierte Einspeisung von Wind- und Sonnenenergie kannibalisiert mittlerweile die Wasserkraft.

Eigenerzeugung wegen hoher Unsicherheit

- Viele Unternehmen in Deutschland antworten auf die bestehenden Unsicherheiten der Energiewende mit der Eigenerzeugung von Strom.
- Die deutsche Wirtschaft fordert, dass die Eigenerzeugung von Abgaben freigestellt bleibt.
- Sie sieht darin eine interessante Chance für den Ausbau der erneuerbaren Energien ohne staatliche Zuwendungen.
- Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag hat ein Faktenpapier zur Eigenerzeugung von Strom veröffentlicht.

Die Wirtschaft fordert:

- Wir müssen die Lehren aus der Energiewende in Deutschland ziehen. Weil das KEV-Fördersystem zu massiven Fehlanreizen führt, kommt ein weiterer Ausbau nicht in Frage.
- Die KEV-Periode ist massiv zu verkürzen und das System ist herunterzufahren.
- Ziel ist der Umbau des KEV-Systems in ein Marktmodell. Die Differenzierung nach Energiequalität ist wichtig. Grundlastfähige Energie ist zu bevorzugen.
- Solange die Einspeisung der neuen Erneuerbaren nicht nach dem Marktpreis geregelt wird, muss für unregelmässig anfallende Energiequellen ohne Speichermöglichkeiten eine Mengenobergrenze gelten.

Schnellere und einfachere Verfahren



Der Ausbau kann nicht vorankommen

- Grundvoraussetzung für die Neuausrichtung der Energiepolitik sind funktionierende Stromnetze. Aber: Der Ausbau kann im heutigen Umfeld nicht vorankommen.
- Alleine der Ausbau der Übertragungsnetze beläuft sich auf rund 1000 Kilometer bis ins Jahr 2020.
- Erforderlich sind zudem Ausbauten in allen Verteilernetzebenen.
- Zudem braucht es dringend Netzoptimierungen.
- Die Bewilligungsverfahren sind kompliziert und langwierig. Einsprachen von Privaten und Umweltschutzverbänden sorgen für zusätzliche Verzögerungen.
- Die Anschluss- und Abnahmepflicht der Netzbetreiber setzt falsche Anreize und sorgt für Ineffizienzen.

Die Wirtschaft fordert:

- Bei der Bewilligung von Stromnetzen sind schnellere Verfahren ein absolutes Muss.
- Umbauten, Spannungs- und Kapazitätserweiterungen sowie Ersatzbauwerke sollen ohne Planungsgenehmigungen möglich sein. Das Plangenehmigungsverfahren ist bei einer einzigen Leitbehörde anzusiedeln.
- Die Kosten für Netzverstärkungen aufgrund von KEV-Projekten sind auch über den KEV-Zuschlag zu finanzieren und nicht über die Systemdienstleistung.
- Standorte von KEV-Anlagen sind auch aufgrund von Anschluss- und Netzverstärkungskosten zu bewerten. Ungeeignete Standorte sind nicht zu subventionieren.

Spielfeld erweitern



Bedächtige Marktöffnung

- Ein Neuausrichtung der Energiepolitik verlangt eine Marktöffnung, denn die Schweiz ist Bestandteil und Drehscheibe im europäischen Strommarkt. Die EU treibt seit 1996 die Vereinheitlichung des Binnenmarktes für Strom voran. Seit 2009 gilt das dritte Binnenmarktpaket.
- Die Marktöffnung in der Schweiz läuft viel bedächtiger. Das Elektrizitätsmarktgesetz erlitt 2002 an der Urne Schiffbruch.
- Grossverbraucher können sich auf dem freien Markt eindecken. Bis 2011 stiegen die Strompreise – darum bestand auch kein Interesse an einem Marktzugang. Inzwischen befinden sich die Strompreise im Sinkflug und immer mehr Unternehmen decken sich über den freien Markt mit Strom ein.

Die Wirtschaft fordert:

- Die vollständige Liberalisierung des Strommarktes ist eine zwingende Voraussetzung für die Neuausrichtung der Energiepolitik und ist daher mit der Energiestrategie 2050 zu verknüpfen.
- Marktbasierte Preissignale sind für Investitionen von Produzenten und Netzbetreiber, aber auch Verbraucher entscheidend.
- Das bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der EU ist wichtig. Es schafft Rechtssicherheit und schafft einen diskriminierungsfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt. Das ist die Voraussetzung für kostengünstige und sichere Versorgung.

Thurgauer Strommix ohne Atom

- Antrag am 30. März 2011 für ein «Konzept für einen Thurgauer Strommix ohne Atom».
- Der Grosse Rat stimmt am 25. Januar 2012 mit 101:0 Stimmen zu.
- Einsetzung einer Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit der Firma Ernst Basler + Partner AG.
- Die Thurgauer Regierung erstattet am 19. November 2013 Bericht
- Debatte im Grossen Rat.



Wichtige Erkenntnisse

- Der Kanton Thurgau produziert wegen des Fehlens von Atomkraftwerken und grosser Wasserkraftwerke praktisch keinen Strom (Produktion: 60 GWh, Verbrauch: 1700 GWh). Die Thurgauer Stromversorgung basiert gegenwärtig stark auf Kernenergie (zu 75 Prozent).
- Das Effizienzpotential wird auf 400 GWh/a geschätzt.
- Das Potential zur jährlichen Stromproduktion aus erneuerbaren Energien bis 2050 liegt zwischen 900 bis 1700 GWh/a.
- Im Bericht werden zwei Strategievarianten für den Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien aufgezeigt:
 - 1 nach wirtschaftlichen Kriterien
 - 2 Wertschöpfung der Stromproduktion möglichst im Kanton realisieren.

Stossrichtung der Regierung

- Mehr Energieeffizienz im Strombereich.
- Bau von neuen Anlagen zur Produktion erneuerbarer Elektrizität im Kanton Thurgau, zusätzlich 70 GWh/a bis 2020.
- Beteiligung am Bau von neuen Produktionsanlagen in der übrigen Schweiz und im Ausland (250 bis 300 GWh/a bis 2020).
- Stromproduktion von Wärmekraftkopplungsanlagen (fossil) bis 2020 von 80 GWh/a (statt 11 GWh, Jahr 2010).
- Kauf von Zertifikaten für Strom aus erneuerbarer Energie (70 GWh/a bis 2020).
- Schrittweise Reduktion des Anteils der Kernenergie (auf 65 Prozent im Jahre 2020).

Massnahmen der Regierung

- Erhebung einer Investitionsförderabgabe auf der Netznutzung. Gefördert werden Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz oder zum Ausbau der Stromproduktion.
- Abgestuftes Modell mit 0,8 Rp./kWh bis zu einem jährlichen Verbrauch von 100'000 Kilowattstunden, für jede weitere 0,5 Rp./kWh.
- Die Einnahmen aus der Investitionsförderabgabe belaufen sich auf rund CHF 8 Millionen pro Jahr.
- Unternehmen wird die Investitionsförderabgabe zurückerstattet, wenn sie die Stromeffizienz entsprechend erhöhen.
- Verpflichtung der Energieversorgungsunternehmen zur Bereitstellung eines Basisangebotes aus erneuerbaren Energien.

Positive Aspekte des Konzepts

- Der Bericht stellt eine gute Grundlage für die politische Diskussion dar.
- Die vorgeschlagene Investitionsförderabgabe kann man als pragmatischen Ansatz betrachten.
- Es werden Investitionen ausgelöst.
- Unternehmen, die ihre Energieeffizienz steigern, werden nicht bestraft.
- Es wird ein Zeichen gesetzt, allenfalls wird ein Umdenken eingeleitet.

Negative Aspekte des Konzepts I

- Ist die kantonale Ebene die richtige für eine Investitionsförderabgabe auf die Netznutzung?
- Durch vielfältige Eingriffe in den Markt und durch eine mangelnde Koordinierung besteht die Gefahr, dass die Politik die Kosten der Energiewende deutlich in die Höhe treibt.
- Die Umsetzung der regierungsrätlichen Vorschläge dürfte sich administrativ aufwändiger gestalten als vorgesehen (Bericht der Regierung: «Die personellen Ressourcen zur Umsetzung der Massnahmen werden vorläufig als ausreichend eingeschätzt.»).

Negative Aspekte des Konzepts II

- Es ist absehbar, dass Produktionsanlagen, die «einschenken» nicht realisiert werden können:
 - die Geothermie ist faktisch tot.
 - die energetische Nutzung des Bodensees (Flusskraftwerk bei Eschenz, Rheinstauung bei Konstanz) scheint aus heutiger Optik unmöglich.
- Es besteht die «Gefahr», dass auch ohne zusätzliche Thurgauer Stromproduktion europaweit genügend oder zuviel Strom produziert wird.
- Mit der Marktliberalisierung laufen die Grosskunden schon jetzt davon. Was passiert, wenn beispielsweise ein Hauseigentümerverband seinen Mitgliedern ein Sorglos-Paket aus billigen ausländischen Stromquellen anbietet?

Negative Aspekte des Konzepts III

- Zahlreiche Firmen (insbesondere die Grossverbraucher) optimieren schon lange. Mit dem Konzept werden die Späteinsteiger in die Energieeffizienz belohnt und die Vorreiter bestraft.
- Man sollte den technischen Fortschritt nicht unterschätzen.
- Macht es Sinn, dass der Kanton zusätzliche Abgaben beschliesst, bevor auf Bundesebene mehr Klarheit über die Umsetzung der Energiestrategie 2050 besteht?
- Insgesamt überwiegen die negativen Aspekte.

Fazit

- Die Unternehmen brauchen auch in Zukunft kostengünstigen Strom und eine unterbruchsfreie Versorgung.
- Wir befürworten die Weiterentwicklung der Energieversorgung und halten die Integration in den europäischen Strommarkt für ein zentrales Element der Versorgungssicherheit.
- Die Förderung von neuen Erneuerbaren ist marktnah auszugestalten. Die Erzeuger sollen Marktverantwortung übernehmen. Auf feste Einspeisevergütungen ohne Marktrisiko ist zu verzichten.
- Zusätzliche Belastung durch Steuern, Abgaben und Subventionen schaden der Wettbewerbsfähigkeit. Übertriebene Abgaben gefährden die industrielle Basis der Schweizer Wirtschaft.